

DGB im Wahljahr 2013

Gewerkschaften fordern Politikwechsel

Eine neue Ordnung der Arbeit ist das wichtigste Anliegen des DGB und der Gewerkschaften im Bundestagswahljahr 2013. „Wir werden mobilisieren, damit nach der Bundestagswahl keine Partei daran vorbei kommt, die bestehenden Missstände auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen“, betonte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf der DGB-Neujahrspressekonferenz am 10. Januar in Berlin. Er stellte ausdrücklich klar: „Auch im anstehenden Wahlkampf bleiben wir dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet, überparteilich, aber nicht neutral.“ Der DGB werde keine Wahlempfehlung für eine Partei, eine Koalition, Kandidaten oder Konstellationen aussprechen: „Entscheidend sind die Inhalte.“

Wenig Hoffnung auf Veränderungen im Sinne der Beschäftigten setzt der DGB-Vorsitzende in die schwarz-gelbe Koalition. Das letzte Regierungsjahr sei von „parteitaktischem Geplänkel und koalitionsinternen Manövern“ geprägt gewesen. Von Schwarz-Gelb erwartet Sommer im Wahljahr „außer dem einen oder anderen Klientelgeschenk keine sub-

1. Mai, unser Tag – gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa: Die Hauptforderungen des DGB spiegeln sich auch im 1.Mai-Motto 2013 wider. Die zentrale Maikundgebung, auf der der DGB-Vorsitzende Michael Sommer spricht, findet in diesem Jahr in München statt.

stantielle, zukunftsweisende Politik“. Bereits im Oktober 2012 hat der DGB den Parteien seine Anforderungen zur Bundestagswahl übermittelt. „Wir wollen einen Politikwechsel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so Michael Sommer. Drei politische Schwerpunkte werden die Aktivitäten der Gewerkschaften 2013 prägen: Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa. Mit bundesweiten, regionalen und betrieblichen Aktionen wollen sich DGB und Mitgliedsgewerkschaften in den Wahlkampf einmischen.

Dabei geht es darum, einerseits prekäre Arbeit wie den Missbrauch



von Werkverträgen einzudämmen und einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Zentral ist aus Sicht des DGB andererseits aber auch, die Tarifautonomie zu stärken, zum Beispiel dadurch, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert wird. In Sachen Rente hat der DGB ein eigenes, durchgerechnetes Konzept vorgelegt, das zeigt, dass sichere Renten finanzierbar sind. Auch in der Europapolitik verlassen sich die Gewerkschaften nicht allein auf die Politik. Sie fordern einen neuen „Marshall-Plan“ für die EU, statt weiter auf eine Kürzungspolitik zu setzen, die sich schädlich auf Wachstum und Gesellschaft auswirkt. Die Gewerkschaften haben vorgerechnet: Der auf zehn Jahre angelegte Plan mit einem Volumen von 260 Milliarden Euro jährlich ist finanzierbar. •

Mehr: www.dgb.de/-I5Vx

plusminusBERLIN

+ Die steigenden Mietpreise belasten auch Studierende immer mehr. Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Swen Schulz**, fordert deshalb: „Das BAföG muss auch mit Blick auf die steigenden Wohnkosten dringend angepasst werden.“

- Mehr als ein Drittel der Beschäftigten im Bundesgesundheits- und Wirtschaftsministerium sind befristet beschäftigt. Im Verbraucherministerium arbeiten 21 Prozent der MitarbeiterInnen befristet. Im Arbeitsministerium sind es elf Prozent.

inhalt

Seite 3

Vorsicht Kamera

„George Orwell im Betrieb“ – der schwarz-gelbe Entwurf zum Arbeitnehmerdatenschutz wird von DGB und Gewerkschaften scharf kritisiert

Seite 5

2013 auf einen Blick

Die Bundestagswahl, drei Landtagswahlen, vier Gewerkschaftskongresse. einblick zeigt, was 2013 aus Sicht der Gewerkschaften wichtig ist

Seite 7

Demokratiedefizit abbauen

Der EU mangelt es bei vielen Entscheidungen am Rückhalt in der Bevölkerung. WSI-Direktorin **Brigitte Unger** erläutert, wie das Demokratiedefizit überwunden werden kann



Der Surf-Tipp fürs Internet

<http://ledekanns-besser.de> ver.di-Blog, um für gute Arbeitsbedingungen beim Lebensmittelkonzern Edeka zu werben

Hintergrund

www.dgb.de/-I5Vx Statement des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Informationen des DGB für das Jahr 2013



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa: Die Vorsitzenden des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften haben auf ihrer Klausurtagung im Januar die Schwerpunkte des DGB im Wahljahr 2013 diskutiert. Zu Gast waren die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, Kanzlerin Angela Merkel und Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Die Kanzlerin zeigte sich nach der Debatte sensibilisiert in Sachen Arbeitnehmerdatenschutz und Werkverträge. Steinbrück sicherte den Gewerkschaften Unterstützung beim Mindestlohn, bei der Regulierung von Werkverträgen und gegen Überwachung am Arbeitsplatz zu.

Azubi-Vergütungen

Stark gestiegen

Mit einem Plus von 4,3 Prozent im Durchschnitt sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2012 stark gestiegen. 2011 waren es 3,2 Prozent. Azubis kommen auf durchschnittlich 737 Euro brutto im Monat. Allerdings zeigt die Auswertung der Ausbildungsvergütungen durch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) nach wie vor große Unterschiede nach Ausbildungsberuf, Geschlecht sowie Ost und West. Mit einem Anstieg von fünf Prozent fiel die Anhebung im Osten höher aus als im Westen mit 4,1 Prozent. Dennoch erreichen die Ausbildungsvergütungen in Ostdeutschland unverändert nur 91 Prozent der Westvergütungen.

Eine starke Ost-West-Differenzierung zeigt sich im Kfz-Handwerk, wo Azubis im Westen auf durchschnittlich 670 Euro, im Osten nur auf 535 Euro kommen. In den stark von jungen Männern besetzten Bau- und Metallberufen liegen die Vergütungen im Westen bei über 900 Euro. In den Dienstleistungsberufen Lebensmittelverkauf, Floristin und Friseurin, die vor allem von jungen Frauen erlernt werden, liegen die Monatseinkommen unter 500

Euro, Friseur-Azubis in Ostdeutschland bekommen gar nur 269 Euro. Ausgeglichen sind die Ausbildungsvergütungen im öffentlichen Dienst mit durchschnittlich 795 Euro im Osten wie im Westen. ●

www.bit.ly/azubi_entgelt

Europa

Kurswechsel gefordert

Europäische WissenschaftlerInnen fordern einen radikalen Kurswechsel der Wirtschaftspolitik in Europa. Die Arbeitsgruppe Europäische WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik

Bundesagentur für Arbeit

Personalmangel in der Altenpflege

In einer Analyse der Bundesagentur der Arbeit (BA) zum Fachkräftemangel stellen die Nürnberger Experten fest, dass „es aktuell keinen flächendeckenden Fachkräftemangel“ gebe. Allerdings hat die BA „Warnsignale“ ausgemacht. So fehlt vor allem im Pflegebereich das Personal. Bundesweit werden in erster Linie examinierte

ILO-Konvention

Deutschland will ratifizieren

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) begrüßt, dass die Bundesregierung signalisiert hat, die ILO-Konvention über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte in Kürze dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Damit gehöre Deutschland zu den ersten europäischen Ländern, die sich dafür einsetzen, dass Hausangestellte die gleichen Rechte wie andere ArbeitnehmerInnen erhalten, stellt Sabine Baun, Direktorin der ILO Deutschland, fest. Die Konvention tritt im September 2013 in Kraft. Sie fordert für Hausangestellte ein Recht auf Arbeitszeitregelungen, auf Sozialversicherung, auf Urlaub oder auch auf eine gewerkschaftliche Vertretung.

Weltweit arbeiten laut ILO 52 Millionen Menschen in diesem Sektor. Häufig ohne jeden Arbeits-

schutz, selbst freie Tage werden oft nicht gewährt, und die Einkommen sind extrem niedrig. Der DGB schätzt, dass rund 2,6 Millionen Haushalte in Deutschland Hausangestellte auf Teilzeitbasis beschäftigen – überwiegend ohne Arbeitsvertrag, ohne Anmeldung und Sozialversicherung. Die ILO hat gerade einen Report zur Situation der Hausangestellten vorgelegt. Er soll Grundlage sein, um die Verbesserungen in einer Branche zu messen, in der weltweit immerhin 7,5 Prozent aller Frauen beschäftigt sind. ●

www.bit.ly/iilo-report

Anzeige

in Europa (EuroMemo Group) kritisiert in ihrem EuroMemorandum 2013: „Die EU ist eine adäquate Antwort auf die Krise innerhalb der Eurozone schuldig geblieben.“ Die Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes beruhen auf der irrigen Annahme, dass die Marktkräfte zu einer ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung führen würden, wenn die öffentlichen De-

finize in Grenzen gehalten werden. Nach Ansicht der WissenschaftlerInnen können Wachstum und soziale Gerechtigkeit jedoch nur mit Investitionen „in Beschäftigung und nachhaltige Industrien sowie sozialer Sicherheit“ gelingen“. Der Arbeitsgruppe gehören 350 Ökonomen und SozialwissenschaftlerInnen aus ganz Europa an. ●

www.euromemo.eu

Vakanzeit von Stellenangeboten im Bundesdurchschnitt 112 Tage. 100 gemeldeten Arbeitsstellen stehen 75 Arbeitslose gegenüber. Eine Mangelsituation registriert die BA ebenso im Bereich Sanitär, Klempnerei, Heizung und Klimatechnik. Gut abgedeckt scheint hingegen der Arbeitsmarkt für IT-Systemanalyse, IT-Vertrieb, Netzwerktechnik und IT-Koordination. Hier kommen auf 100 gemeldete Stellen rechnerisch 106 arbeitslose IT-Experten. ●

www.bit.ly/BA-Analyse

Vorsicht Kamera

Widerstand ist angesagt: Der DGB setzt auf den Rückenwind der Beschäftigten, um die von Schwarz-Gelb geplante Neuregelung des Datenschutzes am Arbeitsplatz zu verhindern.

„Schreiben Sie an Volker Kauder“, fordert der DGB über das soziale Netzwerk Facebook. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion soll möglichst viele Mails erhalten. Der DGB-Textvorschlag ist kurz: „Sagen Sie Nein zu diesem Gesetz, Herr Kauder“ (volker.kauder@bundestag.de). Die Gewerkschaften sind entsetzt über die Möglichkeiten, die nach dieser Vorlage Arbeitgebern für die Überwachung und Überprüfung ihrer MitarbeiterInnen künftig legitim zur Verfügung stehen.

Einen „Anschlag auf Arbeitnehmerrechte“ sieht der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in dem Entwurf. Hier würde der „gläserne Arbeitnehmer“ geschaffen und Call-Center-Beschäftigte seien künftig „Freiwillig“. Zwar wird die heimliche Videoüberwachung mit diesem Gesetz untersagt, aber dafür dürfen die Unternehmen ohne besonderen Anlass und dauerhaft offen überwachen. Auch der Bundesdatenschützer Peter Schaar mahnt, für die Call-Center-MitarbeiterInnen werde „ein nicht hinnehmbarer Überwachungsdruck erzeugt“.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die ärztliche Untersuchung, die nun auch in einem bestehenden Arbeitsverhältnis verlangt werden kann. Im Arbeitsleben kann das bedeuten, dass beispielsweise eine Beförderung von einer solchen Untersuchung abhängig gemacht wird. Michael Sommer befürchtet, dass sich diese Regelung insbesondere für ältere ArbeitnehmerInnen negativ auswirken kann, „das könnte bis zur krankheitsbedingten Kündigung gehen“.

Professor Peter Wedde, Leiter der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt, der bereits als

Sachverständiger im Mai 2011 den Gesetzentwurf kritisiert hatte, stellt fest: „Im Ergebnis verschlechtert der Entwurf die datenschutzrechtliche Situation von Beschäftigten grundlegend und erheblich.“ Entsprechend hart fallen die Kommentare der Gewerkschaften aus. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, spricht von einem „Arbeitnehmerüberwachungsgesetz“. Für den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske ist es ein „Arbeitnehmer-Ausforschungsgesetz“, und die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft hält es für „Überwachungs-Wahnsinn“.

Die Oppositionsparteien im Bundestag lehnen den Entwurf ebenfalls ab. Der SPD-Abgeordnete Gerold Reichenbach sieht in dem Entwurf „viele Verschlechterungen und wenige kleine Verbesserungen“ für die Beschäftigten. Konstantin von Notz, innenpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, wirft der schwarz-gelben Koalition vor, „einseitig Arbeitgeberinteressen“ zu vertreten. Der Ausspähung der Beschäftigten werde „Tür und Tor geöffnet“.

So wird den Arbeitgebern auch das Recht eingeräumt, öffentlich zugängliche Daten über Beschäftigte zu erheben. Ein Freibrief, die Suchmaschinen im Internet anzuwerfen. Informieren muss der Arbeitgeber über eine solche Aktion nicht. Bei der Einstellung dürfen auch Informationen über die BewerberInnen genutzt werden, die aus sozialen Netzwerken stammen. Selbst nicht allgemein zugängliche Daten dürfen erhoben werden – sofern ein Beschäftigter einwilligt. Eine Einwilligung, die auch für Michael Sommer ihre Tücken hat. Wer würde schon bei einem

Einstellungsgespräch eine solche Zustimmung verweigern, fragt sich der DGB-Vorsitzende.

Der DGB will dieses Gesetz, das – so Sommer – jetzt „auf der Zielgerade durchgepeitscht werden soll“, auf jeden Fall verhindern. „Ich kann die Regierungsfraktionen nur davor warnen, ein solches

Datenquellen für Arbeitgeber

Anzahl der Nutzer sozialer Netzwerke in Deutschland (in Millionen)

Facebook.com	39,88
Xing	4,97
Google+	3,67
Stayfriends.de	3,26
Wer-kennt-wen.de	3,08
Twitter.com	2,98
VZ-Netzwerke	2,85

Quelle: comScore/Meedia August 2012

© DGB einblick 01/13

Vorsicht ist geboten. Wer allzu großzügig mit privaten Informationen im Netz agiert, muss damit rechnen, dass auch sein Arbeitgeber diese Informationen nutzt. Nach dem Gesetzentwurf könnte sich der Arbeitgeber schon bei der Einstellung mit der Zustimmung des Bewerbers einen Freibrief für eine solche Datensammlung geben lassen. Über den Inhalt muss er die Betroffenen nicht informieren.

Gesetz jetzt noch zu beschließen. Das werden die Gewerkschaften nicht stillschweigend hinnehmen.“

Der Protest zeigt erste Wirkung: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte nach einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), sie sei „durchaus sensibilisiert“ für das Thema. So sensibel offenbar, dass das Thema am folgenden Tag von der Tagesordnung des Innenausschusses gestrichen wurde. SPD-Ausschussmitglied Gerold Reichenbach sieht es zumindest als „Etappensieg“. ●

Petition gestartet

Der DGB und die Gewerkschaften wollen das Gesetz zum Beschäftigten-Datenschutz in der vorliegenden Form verhindern. Der DGB hat eine Petition gestartet, um einen gesetzlichen Beschäftigten-Datenschutz zu erreichen, der diesen Namen auch verdient. Sie kann unter www.change.org/ueberwachung unterzeichnet werden.

Schon im Mai 2011 forderten die Gewerkschaften Änderungen an dem Gesetzentwurf, der seit Mitte 2010 auf dem Tisch liegt. Für den Paragraphen 32, der im Bundesdatenschutzgesetz die Rechte und Pflichten von Beschäftigten und Arbeitgebern regelt, hörte sich die Regierungskoalition am 23. Mai 2011 die Meinung von Sachverständigen an.

Es gab reichlich Kritik, nicht nur von Gewerkschaftsseite. Danach herrschte Ruhe, bis im Januar 2013 die schwarz-gelbe Koalition plötzlich Tempo vorlegte. Spätestens im Februar sollte das Gesetz mit Zustimmung des Bundestages auf den Weg gebracht werden.

Doch Gewerkschaften und Opposition und auch der Bundesdatenschützer kritisierten nicht nur den Inhalt, sondern auch das Eiltempo, das die Parlamentarier von CDU/CSU und vor allem der FDP nun vorlegten. Mit erstem Erfolg. Die für den 16. Januar angesetzte Diskussion im Innenausschuss wurde kurzfristig von der Tagesordnung genommen.

www.bit.ly/dbt_daten

DGB-Broschüre

Tipps für gute Pflege

Seit dem 1. Januar gelten neue Regeln in der Pflege. Mit der Broschüre „Pflegereform 2013“ informiert der DGB Versicherte und Angehörige über die Leistungen der Pflegeversicherung und insbesondere über die Neuerungen in diesem Jahr. Die groß angekündigte Reform hat außer dem „Pflege-Bahr“, dem Versuch der schwarz-gelben Bundesregierung, den Aufbau einer privaten Pflegeversicherung zu forcieren, wenig gebracht. Für den DGB steht fest: Der „Pflege-Bahr“ löst die Probleme nicht. Die Gewerkschaften fordern stattdessen eine solidarische Bürgerversicherung. Und doch gibt es

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Mobilität ist kein Privileg für Reiche!

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

Gelbe Hand

Preisträger gesucht

„Gegen Ausgrenzung, Rassismus und für die Gleichberechtigung in der Arbeitswelt“, das ist auch in diesem Jahr wieder Motto des Wettbewerbs „Die gelbe Hand“. Bis zum 31. Januar können sich SchülerInnen an Berufsschulen und Jugendliche für den Preis bewerben. Gesucht werden Arbeiten, die sich kritisch mit den Themen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb befassen. Die Darstellungsform ist frei – von der Collage bis zum Youtube-Video ist alles erlaubt. Weitere Infos gibt es im Internet. •

www.gelbehand.de



einige wenige Verbesserungen für Pflegebedürftige. Diese werden in der Broschüre übersichtlich dargestellt. So können beispielsweise Angehörige von Demenzzkranken mehr Leistungen in Anspruch nehmen. Auch pflegende Angehörige erhalten mehr Unterstützung während der Kurzzeit- oder Verhinderungspflege.

Zudem greift der Ratgeber viele praktische Fragen rund um die Pflege von kranken und alten Menschen auf. Etwa zur Beitragshöhe, zu den Versicherungsleistungen oder zur Heimpflege. Der DGB erläutert praxisnah und verständlich, wie eine Pflegebedürftigkeit festgestellt wird. Der Ratgeber zeigt auch, was zu tun ist, wenn der Antrag auf Pflegebedürftigkeit abgelehnt wurde. Ein Exemplar kostet 29 Cent zuzüglich Porto und Versand. •

www.bit.ly/pflege2013

www.lohnspiegel.de

Löhne von 350 Berufen

Das vom WSI-Tarifarchiv der Hans-Böckler-Stiftung betriebene Gehaltsportal www.lohnspiegel.de stellt nun Löhne und Gehälter aus 354 Berufen online zur Verfügung. Auch in diesem Jahr ruft das WSI-Tarifarchiv Beschäftigte auf, an der Online-Erhebung teilzunehmen. Rund 19.500 BesucherInnen haben 2012 den Online-Fragebogen zu den Einkommensbedingungen ausgefüllt. Die Ergebnisse sind Grundlage für den kostenlosen Gehaltscheck. Den Erfolg belegen die Zugriffszahlen auf das Angebot. Täglich greifen rund 3.500 Interessierte auf die Daten zurück. •

Ratgeber

Risiko Datenwolke

Mit dem Einsatz von Smartphones und Tablet-PCs ist Internet in jeder Lebenslage möglich. Dabei kann es vorteilhaft sein, wenn die eigenen Daten samt Software nicht mehr auf den eigenen Endgeräten gespeichert sind, sondern in einer so genannten Wolke – also einem Speicherplatz im Internet. Doch wie sicher ist das? Welche Folgen

hat das in der Arbeitswelt? Worauf müssen Beschäftigte achten? Antworten auf diese Fragen sowie eine detaillierte Erklärung, um was es bei dieser Entwicklung geht, liefert die Technologieberatungsstelle des DGB NRW. Die Broschüre „Virtualisierung und Cloud Computing“ zeigt Risiken und Perspektiven auf, etwa zu den Themen Datenschutz und Interessenvertretungen. Sie kann für 4,50 Euro zuzüglich Versandkosten bei der TBS NRW e.V. bestellt werden. •

tbs-hauptstelle@tbs-nrw.de

Arbeit und Leben e.V.

Programm veröffentlicht

Mit dem neuen Jugendbildungsprogramm 2013 hat Arbeit und Leben e.V. ein umfassendes und facettenreiches Angebot für junge Menschen zusammengestellt. Von der Berufsorientierung und gewerk-

schaftlichem Engagement über Interkulturalität und Medienpraxis bis hin zu spannenden Geschichtsthemen – mehr als 100 Seminare und Workshops bietet Arbeit und Leben mit Kooperationspartnern bundesweit an. Anmelden können sich Menschen zwischen 14 und 26 Jahren. Das Bildungsprogramm steht im Internet zum Download. •

www.bit.ly/aul_jb_2013

interregio

••• Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit, in dem unter anderem der **DGB Berlin-Brandenburg** Mitglied ist, hat zum 20. Mal das „**Band für Mut und Verständigung**“ ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Menschen, die durch ihr mutiges Eingreifen MitbürgerInnen vor rassistischer Gewalt beschützt oder durch ihre langjährige engagierte Arbeit zur Verständigung beigetragen haben.

<http://berlin-brandenburg.dgb.de/lyOZ>

••• Die **DGB-Senioren Hamburg** haben sich in einem **Positionspapier** für eine strategische Neuausrichtung der Gewerkschaften zum Thema Altersarmut ausgesprochen. Es brauche neue kämpferische Ansätze, um vernünftige Alterseinkommen durchzusetzen. Ziel der gewerkschaftlichen Alterssicherungspolitik müsse es sein, dass das Alterseinkommen den Lebens-

standard weitgehend absichere.

<http://hamburg.dgb.de/IPVh>

••• Der **DGB Bayern** ruft alle BürgerInnen in Bayern dazu auf, sich am **Volkentscheid „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern“** zu beteiligen. „Nur wenn alle mitmachen, können wir in Bayern eine gebührenfreie Bildung erreichen.“ Noch bis zum 30. Januar können die BürgerInnen teilnehmen. Wie das geht, erklärt der DGB im Internet:

www.bayern.dgb.de/ItXC

Anzeige

ACE Auto Club Europa

Stark für die Schwachen im Verkehr.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN

2013: Jubiläen, Kongresse, Wahlen

Was dem DGB und den Gewerkschaften 2013 wichtig ist, zeigt einblick in einer ersten Übersicht.

2013 ist ein Superwahljahr. So entscheiden die WählerInnen bei der Bundestagswahl und bei drei Landtagswahlen (Niedersachsen, Bayern und Hessen) über den politischen Kurs der kommenden Jahre. DGB und Gewerkschaften werden die Wahlkämpfe kritisch-konstruktiv begleiten. Mit betrieblichen und örtlichen Aktivitäten wollen sie für ihre Positionen werben. Zeitlich sind die Aktionen in drei Wellen geplant, die erste im April nach Ostern, die zweite für Anfang Juni und die dritte für Anfang September.

Auch gewerkschaftsintern stehen wichtige Termine auf dem Kalender. Die Gewerkschaften GEW, IG BAU, IG BCE und NGG werden auf ihren anstehenden ordentlichen Gewerkschaftskongressen die Weichen für die kommenden Jahre stellen. Der NGG-Vorsitzende Franz-Josef Möllenberg hat bereits angekündigt, auf dem Kongress im November wieder für den Vorsitz zu kandidieren. Nicht mehr zur Wahl antreten wird der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne.

Mit einer zentralen Gedenkveranstaltung in Berlin und vielen örtlichen Aktionen werden DGB und Gewerkschaften zudem an die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 erinnern. Zum 80. Jahrestag der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis wird Bundespräsident Joachim Gauck im Berliner Historischen Museum eine Grundsatzrede über die Bedeutung der freien Gewerkschaftsbewegung halten. •

28.1.	40 Jahre Europäischer Gewerkschaftsbund, Madrid
30.1.	EVG, Fachkonferenz „Soziale Medien in der Mitbestimmung“, Frankfurt am Main
19.2.	DGB Niedersachsen, Streiktag Öffentlicher Dienst, Hannover
21./22.2.	WSI, FES, „Zehn Jahre ‚Hartz-Reformen‘ – was bleibt?“, Berlin
29.2.	IG Metall, Fachtagung „Gute Arbeit im Büro“
5.3.	EVG, Fachkonferenz „Mitbestimmung“, Berlin
8.3.	Internationaler Frauentag
12.3.	EVG, DGB Berlin-Brandenburg und ver.di, „Tagung zur künftigen Finanzierung des ÖPNV“, Berlin
16.3.	DGB-Jugend, Aktionstag „Jugend macht Ansagen“, in sechs Städten
18.3.	DGB-Jugend, Internationale Konferenz, Berlin
19.3.	ver.di, Beamtenpolitische Bundesfachtagung 2013, Berlin
21.3.	Equal Pay Day
19./20.4.	NGG, Bundesjugendkonferenz, Gladenbach
23./24.4.	IG Metall, Anti-Stress-Kongress, Berlin
23./24.4.	GdP, Die föderale Polizei im demografischen Wandel, Berlin
24./25.4.	ver.di und HBS, „Dienstleistungspolitik und -forschung“, Düsseldorf
25.4.	Girls' Day
1.5.	DGB, zentrale 1. Mai-Kundgebung, München
1.5.-15.6.	Ruhrfestspiele Recklinghausen
2.5.	DGB, Gedenkveranstaltungen zur Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis vor 80 Jahren, zentrale Veranstaltung in Berlin
14.5.	ver.di und WSI, „Workshop zur Europäischen Tarifpolitik“, Berlin
15.5.	IG Metall, Fachtagung zu Berufskrankheiten
17.-20.5.	IG BCE-Jugend, 5. Ordentliche Jugendkonferenz, Hannover
29.5.	DGB/WSI, Tagung „Neue Ordnung der Arbeit“, Berlin
4.6.	EVG, Aktionstag Frauen
4./5.6.	ver.di, Potsdamer Forum, Potsdam
9.6.	DGB Niedersachsen, Verleihung des DGB-Filmpreises im Rahmen des Filmfestes Emden-Norderney
11.6.	IG BCE, Tagung „Frauen Macht Erfolg“
12.-16.6.	GEW, 27. Gewerkschaftstag, Düsseldorf
15.6.	IG BAU, Tag der Gebäudereinigung
9.-13.9.	IG BAU, 21. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin
25.9.	EVG, Aktionstag Senioren
7.10.	IGB, 6. Welttag für menschenwürdige Arbeit
9.-12.10.	GEW, 7. GEW-Wissenschaftskonferenz, Berlin-Köpenick
10.10.	Tag der Entgeltgleichheit in den Betrieben
13.-18.10.	IG BCE, 5. Ordentlicher Gewerkschaftskongress, Hannover
8.-10.11.	DGB-Jugend, Bundesjugendkonferenz, Berlin
11.-14.11.	NGG, 16. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin
20./21.11.	EVG, „Kleiner Gewerkschaftstag“, Fulda
21.-23.11.	DGB-Bundesfrauenkonferenz, Berlin
26./27.11.	DGB, Schöneberger Forum, Berlin
7.12.	IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

Stand: 17.1.2013; mehr Termine: www.einblick.dgb.de/termine_2013

Tarifjahr 2013

Insgesamt laufen im Jahr 2013 Einkommenstarifverträge für rund 12,5 Millionen Beschäftigte aus.

Bereits in Kürze starten Verhandlungen im öffentlichen Dienst, bei der Deutschen Bahn und in einigen Energiekonzernen. Im Februar folgen die Eisen- und Stahlindustrie, Ende März das Bauhauptgewerbe, das Versicherungsgewerbe und erste Bereiche des Einzel-, Groß- und Außenhandels, wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) berichtet. Dann stehen die Verträge der Metall- und Elektroindustrie auf dem Plan. Die vorliegenden Forderungen der Gewerkschaften bewegen sich zwischen 5,0 und 6,5 Prozent.

Angesichts einer eher unsicheren ökonomischen Ausgangslage für die Tarifrunde 2013 plädieren die WSI-Tarifexperten dafür, die Binnenkonjunktur zu stärken. Der Leiter des WSI-Tarifarchivs Reinhard Bispinck macht deutlich: „Vor diesem Hintergrund und angesichts des krisenhaften Umfeldes in vielen europäischen Ländern kommt einer dauerhaften Stärkung der Binnennachfrage gerade in Deutschland aktuell eine besondere Bedeutung zu.“ Die Tarifpolitik könne dazu einen Beitrag leisten.

www.wsi.de

kurz & bündig



Anlässlich der Grünen Woche in Berlin hat Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der NGG, gefordert, die Situation der arbeitenden Menschen in der deutschen Fleischbranche zu verbessern. „Der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit und absolute Dumpinglöhne sind in dieser Branche an der Tagesordnung“, so Möllenberg. Die Hersteller gäben den Preisdruck gnadenlos an die Beschäftigten weiter.



Im Kampf gegen Finanz- und Wirtschaftskriminalität spricht sich die GdP für eine effektiv aufgestellte Bundesfinanzpolizei aus. „Mit Umsatzsteuerkarussellen, Waffen-, Kriegswaffen-, Rauschgift- und Zigaretten-smuggel, mit Subventionsbetrug, kriminellem Außenhandel, Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Steuerhinterziehung werden Milliarden illegal verdient“, stellt der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut fest.



Die EVG hat die deutschen Bahnunternehmen aufgefordert, mehr Fachkräfte einzustellen und deutlich mehr auszubilden. Der Fachkräftemangel nehme allmählich kritische Züge an. „Wir fordern die Eisenbahnverkehrsunternehmen schon seit Jahren mit Nachdruck auf, deutlich mehr auszubilden, doch es tut sich viel zu wenig“, sagt der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner.

40 Jahre EGB

Soziales Europa

Mit einer Konferenz zur „Sozialen Dimension der Europäischen Union“ begeht der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) sein vierzigjähriges Bestehen. Die Veranstaltung findet am 28. Januar in Madrid statt. Viele europäische Gewerkschaftsführer sowie Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, und Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, werden an der Konferenz teilnehmen.

Der Gründungskongress des EGB fand 1973 in Brüssel statt. Mit rund 60 Millionen Mitgliedern ist der EGB heute die größte politische Organisation Europas.

85 Gewerkschaftsdachverbände aus 36 Staaten Europas gehören dem EGB als Vollmitglieder an. Der EGB vertritt die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber Kommission, Parlament und Rat. Gleichzeitig verhandelt der EGB mit den privaten und öffentlichen Arbeitgeberverbänden UNICE und CEEP im Sozialen Dialog. Der EGB koordiniert die Arbeit der 44 Interregionalen Gewerkschaftsräte, unterstützt die Europäischen Betriebsräte und koordiniert die europäische Tarifpolitik. Unter dem Dach des EGB arbeiten EUROCADRES (Rat der Angestelltengewerkschaften) und FERPA (Verband der Rentner und Senioren). Zum EGB gehören das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI), das Europäische Technikbüro (ETB) und die Europäische Gewerkschaftsakademie (EGA).

www.etuc.org

DGB - Weiterbildungsprogramm

Angebot ausgeweitet

Das Interesse am Weiterbildungsprogramm für die Hauptamtlichen des DGB wächst. Entsprechend wurde das Weiterbildungsprogramm für 2013 organisatorisch und inhaltlich weiter entwickelt. Inhaltlich wurden die Schwerpunkte auf die Jahresthemen von DGB und Gewerkschaften gelegt: Von der „Neuen Ordnung der Arbeit“ und den Herausforderungen der Euro-Krise bis hin zur politischen Lobbyarbeit reicht das Angebot. Themen wie Energiewen-

de, Rechtsextremismus und aktuelle Tarifpolitik und Seminare für die ehrenamtliche Ebene des DGB runden das Programm ab.

Zu den organisatorischen Veränderungen gehört die Kooperation mit dem DGB-Bildungswerk, das künftig die TeilnehmerInnen betreut. Elektronische Anmeldung und Verwaltung des Bildungsprogramms sollen im Laufe des Jahres auf ein Internetportal des DGB umgestellt werden.

IGR - Dokumentation

Altersarmut grenzüberschreitend

Die Arbeitssituation von Frauen im Grenzraum Deutschland-Polen-Tschechien ist geprägt von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Niedriglohn. Am Ende steht Altersarmut. Das belegt die Dokumentation einer Veranstaltung der Interregionalen Gewerkschaftsräte

Elbe-Neiße und Viadrina zum Thema „Von prekärer Arbeit in die Altersarmut? Die Arbeitssituation von Frauen im Grenzraum Deutschland-Polen-Tschechien“. Die Dokumentation zeigt die Missstände auf und fasst daraus resultierende Forderungen und „Arbeitsaufträge“

80 Jahre Machtergreifung

Gedicht vertonen

„Kunst und Kultur“, die kulturpolitische Zeitschrift von ver.di, die ver.di-Arbeitsgruppe Kunst und Kultur und die Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, freie Berufe Österreich rufen anlässlich des 80. Jahrestages der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten Liedermacher und Komponisten dazu auf, den kaum bekannten Text „Zwölf unterwegs“ des Dichters Hans Sahl zu vertonen. Sahl, der 1902 als Sohn einer jüdischen Familie geboren wurde, beschreibt in seinem 1933 im „Neuen Vorwärts“ erschienenen Gedicht das Schicksal von Emigranten, die Nazi-Deutschland verlassen, um aus dem Ausland Widerstand zu leisten.

Einsendeschluss für die Kompositionen ist der 31. März 2013, hörbar sollen die Werke bei den Gedenkveranstaltungen der Gewerkschaften im Mai 2013 sein. Die zentrale Gedenkveranstaltung des DGB findet am 2. Mai im Historischen Museum in Berlin statt.

www.bit.ly/zwölf_unterwegs

Anzeige



Vereinsmitglied statt Shareholder.

Autoclub der DGB-Gewerkschaften.

für die beteiligten Gewerkschaften zusammen. Die Zusammenarbeit soll intensiviert und gegenseitige Unterstützung im Grenzraum organisiert werden. Mit einer Offensive für mehr Frauen in politischen Ämtern in den Kommunen und auf Landesebene sollen die politischen Rahmenbedingungen mittel- bis langfristig verbessert werden.

www.igr-elbe-neisse.org
www.igr-viadrina.org

Europäische Union

Demokratiedefizit überwinden

Der EU mangelt es bei vielen Entscheidungen am Rückhalt in der Bevölkerung. WSI-Direktorin Brigitte Unger erläutert, wie das Demokratiedefizit überwunden werden kann.

Urteile, die die Wettbewerbs- und Niederlassungsfreiheit vor das Sozial- und Arbeitsrecht stellen (Viking, Laval und Rüffert), haben gezeigt, dass der Europäische Gerichtshof in seinen Entscheidungen massiv in nationale Arbeitsbeziehungen eingreift. Die EU befasst sich mit dem Reinheitsgebot für deutsches Bier und macht den Briten ihre Banger-Wurst madig, weil sie zu viel Mehl enthält. Nun entscheidet sie auch über Sparpakete und Haushaltsrecht. Aber weder der Europäische Gerichtshof noch die EU-Kommission oder die Europäische Zentralbank sind gewählte Organe.

Natürlich gibt es ein EU-Parlament, das die meisten Entscheidungen absegnen muss. Aber Demokratie in der EU, die Herrschaft (Kratie) des Volkes (Demos), benötigt für ein demokratisch gewähltes Parlament auch EU-BürgerInnen, die es wählen. **Der EU mangelt es aber am Demos.** Welcher Deutsche fühlt sich schon als Europäer? Und wer kennt die EU-Parlamentarier seines Landes? Von den Richtern des Europäischen Gerichtshofs ganz zu schweigen.

Deutsche Politikwissenschaftler wie Fritz Scharpf oder Wolfgang Streeck sprechen von einem Demokratiedefizit in der EU. Das heißt, die Institutionen der EU sind weniger demokratisch als die Institutionen ihrer Mitgliedstaaten. Postdemokratie, die Beherrschung der EU-Politik durch nicht demokratisch legitimierte Organe, die die Interessen der Finanzmärkte absichern, sei **das politische Dilemma unseres Zeitalters**. Sie fordern deshalb eine Rückkehr zur nationalen (Wirtschafts-)politik. Aber kommen wir damit weiter?

Andrew Moravcsik, Professor für Politikwissenschaft an der Princeton University in den USA, spricht über Mythen, die diese Debatte bestimmen: Es seien die 27 mächtigen Mitgliedstaaten und ein direkt gewähltes demokratisches EU-Parlament, die zusammen Brüssel beherrschen. Moravcsik stellt klar: Nur 15 Prozent der Gesetze der Mitgliedstaaten würden auf EU-Ebene gemacht. Die EU werde genau von den nationalen Regierungen, dem EU-Parlament und einer technokratischen EU-Kommission kontrolliert. EU-Gesetzgebung sei transparenter und darum auch langsamer als nationale Gesetzgebung, so der Politikwissenschaftler. Und auch der niederländische Historiker und Publizist Dirk-Jan van Baar



Foto: Manfred Vollmer

Prof. Dr. Brigitte Unger ist seit 2011 Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Ihre Schwerpunkte sind unter anderem Wirtschaftspolitik und Steuerwettbewerb.

www.wsi.de

sieht das Demokratiedefizit nicht in der EU sondern in den Mitgliedstaaten, die die EU als **Vorwand für unpopuläre Maßnahmen** missbrauchen.

Egal, ob man die Schuld im Demokratiedefizit der EU oder bei den Mitgliedstaaten sucht: Massenproteste in Griechenland, Jugendproteste in Spanien, Kinderarmut in Deutschland sind Ausdruck von Ungleichgewichten im wirtschaftspolitischen System, die politisch korrigiert werden müssen. Aber der von Scharpf und Streeck vorgeschlagene Rückzug ins Nationale ist meines Erachtens ein Rückschritt.

Die Korrektur des systemischen Ungleichgewichts kann nur durch ein vereintes Europa erfolgen. Dabei ist nicht nur die vertikale demokratische Beziehung der BürgerInnen zur EU wichtig, sondern auch die horizontale Beziehung der BürgerInnen zueinander. Solidarität der Deutschen mit den Griechen kann helfen, Demokratiedefizite zu überwinden. Internationale oder zumindest europäische Solidarität ist ein gemeinsamer Wert, auf dem die EU aufbauen kann, um Sprachbarrieren zu überwinden und ein Bewusstsein für eine EU-Bürgerschaft zu schaffen.

Gemeinsam dazu beitragen, die Finanzmärkte zu regulieren und die Schere zwischen Arm und Reich zu begrenzen, kann **das systemische Überleben der EU und ihrer Mitgliedstaaten sichern.** Dies sollte die Botschaft sein, die nationale, demokratisch gewählte Regierungen an die EU richten sollten. Die Mehrheit der Stimmen der EU-Bevölkerung wäre ihr sicher, wenn durchdringt, dass die EU Arbeit, Einkommen und Sicherheit für alle möglich machen kann. Der Frieden in Europa wäre dann nicht nur durch einen Friedensnobelpreis an die EU „für über sechs Jahrzehnte Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“ gesichert, sondern auch durch eine solide solidarische Wirtschaftspolitik. •

Sparkurs stoppen

Um die Krise im Euroraum zu bewältigen, fordert das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), „überharte Sparprogramme“ in den Euro-Krisenländern zu beenden. Diese würden mittlerweile die staatlichen Schuldenstände eher erhöhen als reduzieren, legen aktuelle Studien und neue Berechnungen des IMK nahe.

So zeigt eine neue Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (IWF), dass striktes Sparen im Abschwung die Wirtschaft weitaus stärker bremst als bislang angenommen. Jeder Euro, den ein Staat spart, senke demnach das Bruttoinlandsprodukt um zwei Euro. Die schlechte Entwicklung koste wiederum öffentliches Geld, Steuereinnahmen gehen zurück, und Fürsorgekosten steigen.

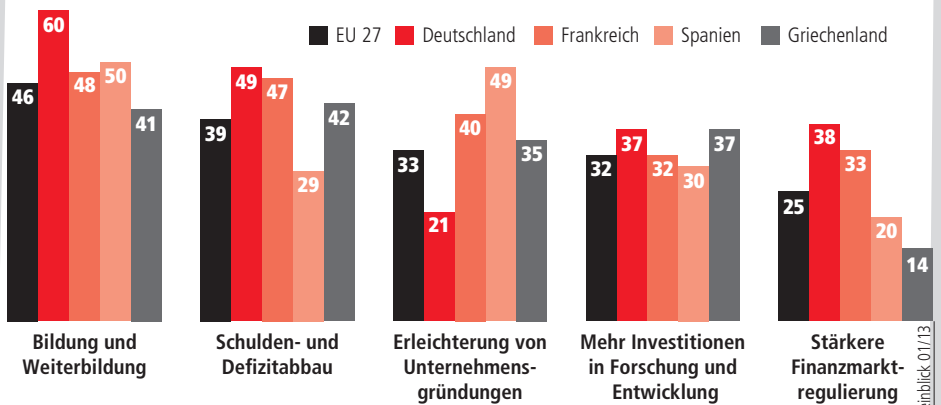
Neben einem Ende der strikten Sparpolitik empfiehlt das IMK Staaten mit wirtschaftspolitischen Spielräumen, fiskal- und lohnpolitische Impulse zu setzen. Besonders die deutsche Politik sei gefragt. Zum einen soll in Infrastruktur und Bildung investiert werden. Um die Binnenkonjunktur zu stärken, soll zum anderen ein allgemeiner Mindestlohn eingeführt und das Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen vereinfacht werden.

www.boeckler.de/14_41920.htm

WEGE AUS DER KRISE: Mehr Investitionen in Bildung

Der DGB fordert einen „Marshallplan“ für Europa, um mit Zukunftsinvestitionen – etwa in Bildung oder in Infrastruktur – die Krise zu überwinden (einblick 22/12). Das aktuelle Eurobarometer zeigt, dass die Vorschläge des DGB sich mit den Wünschen vieler EU-BürgerInnen decken. Mehr Investitionen in Bildung und berufliche Weiterbildung haben für sie oberste Priorität, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern. www.europarl.de/view//parlament/Eurobarometer.html

Welche politischen Initiativen sind aus Sicht der EU-BürgerInnen zur Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise die wichtigsten? (Antworten in Prozent)*



* Die EU-Kommission führt halbjährlich Direktbefragungen durch. Die letzte aktuelle Umfrage ist vom November 2012. Befragt wurden 32 731 Personen aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Quelle: Eurobarometer 2012

© DGB einblick 01/13

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 23.1.** EGB und andere, Europäische Demonstration gegen die geplante Durchsetzungsrichtlinie, Brüssel
- 24.-26.1.** Hans-Böckler-Stiftung, Heimvolkshochschule Hustedt, Helmut-Schmidt-Universität, Tagung „Emanzipative politische Bildung“, Celle
- 29./30.1.** DGB und Hans-Böckler-Stiftung, „9. Konferenz für ArbeitnehmervertreterInnen im Aufsichtsrat börsennotierter Unter-

- nehmen“, Frankfurt am Main
- 27.1.** Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus
- 28.1.** EGB, Festveranstaltung „40 Jahre Europäischer Gewerkschaftsbund“, Madrid (Spanien)
- 28.1.** ver.di-Bezirk Stuttgart, Diskussion „Was sind die Ursachen der Eurokrise“, Stuttgart
- 30.1.** DGB, Fachtagung „Faire Chancen für Familienernährerinnen“, Berlin

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Gunter Lange, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 2420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes: An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (65 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent).

personalien

- **Oliver Malchow**, 49, ist neuer stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er folgt **Frank Richter**, 53, der zum Polizeipräsidenten in Hagen berufen wurde. Malchow ist seit 2010 Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand. Zudem ist **Arnold Pilckert**, 55, zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Bundesschriftführer ist **Jörg Bruchmüller**, 53. Neu im GdP-Bundesvorstand ist **Rüdiger Seidenspinner**, 52.
- **Marion von Wartenberg**, 54, bisher stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende in Baden-Württemberg, wird neue Staatssekretärin im Kultusministerium Baden-Württemberg.

- **Dorothea Braunert**, 47, bisher Pressesprecherin beim DGB-Bundesvorstand, ist neue Büroleiterin des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer. Sie folgt **Barbara Susec**, 44, die die Leitung der Abteilung Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand übernommen hat. Ihr Vorgänger **Wolfgang Lutterbach**, 59, wechselt demnächst zur Internationalen Arbeitsorganisation ILO nach Genf. **Jan Piegsa**, 36, vormals Internetredakteur beim DGB, verstärkt als Pressesprecher die Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit beim DGB-Bundesvorstand. Neue Internetredakteurin ist **Christiane Menze**, 52, bisher in der DGB-Pressestelle tätig.

Schlusspunkt.

„Wir können uns den Idealvorsitzenden doch nicht backen. Da kann ich noch so angestrengt quer durch die Länder schauen: Das Personal ist ein Problem.“

Ex-FDP-Parteivize Walter Döring am 13.1. in „Die Welt“ zu den Perspektiven seiner Partei

Arbeitszeugnis**Gute Wünsche sind entbehrlich**

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, das Arbeitszeugnis mit Formulierungen abzuschließen, in denen er dem Arbeitnehmer dankt, das Ausscheiden bedauert oder ihm alles Gute wünscht.

Der Fall: Der Leiter eines Baumarktes erhielt ein Arbeitszeugnis mit überdurchschnittlicher Leistungs- und Verhaltensbeurteilung. Das Zeugnis endete mit: „Herr K scheidet aus betriebsbedingten Gründen aus dem Unternehmen aus. Wir wünschen ihm für die Zukunft alles Gute.“ Der Arbeitnehmer vertrat die Auffassung, der Satzesatz entwerfe sein gutes Zeugnis. Er habe Anspruch auf die Formulierung „Wir bedanken uns für die langjährige Zusammenarbeit und wünschen ihm für seine private und berufliche Zukunft alles Gute.“ Die Klage, um diesen Anspruch durchzusetzen, blieb ohne Erfolg.

Das Bundesarbeitsgericht: Das einfache Zeugnis muss Angaben zu Art und Dauer der Tätigkeit enthalten. Der Arbeitnehmer kann verlangen, dass sich die Angaben darüber hinaus auf Leistung und Verhalten im Arbeitsverhältnis erstrecken. Schlussätze, mit denen Dank oder gute Wünsche zum Ausdruck gebracht werden, sind nicht „beurteilungsneutral“. Sie sind geeignet, objektive Zeugnisaussagen zu Führung und Leistung des Arbeitnehmers zu bestätigen oder zu relativieren. Wenn ein Arbeitgeber solche Schlussätze formuliert und diese nach Auffassung des Arbeitnehmers mit dem übrigen Zeugnisinhalt nicht in Einklang stehen, ist der Arbeitgeber nur verpflichtet, ein Zeugnis ohne Schlussformel zu erteilen. Mangels gesetzlicher Grundlage besteht kein Anspruch auf eine Dankesformel.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. Dezember 2012 - 9 AZR 227/11**

Heilpraktikererlaubnis**Auch bei Erblindung möglich**

Die Voraussetzungen für die Erlaubnis zur Ausübung der Heilkunde können auch im Fall einer blinden Heilpraktikerin erfüllt sein.

Der Fall: Das zuständige Bezirksamt in Berlin lehnte den Antrag auf Erteilung einer Heilpraktikererlaubnis mit der Begründung ab, der Antragstellerin fehle aufgrund einer Erblindung die gesundheitliche Eignung zur Ausübung des Berufes.

Das Bundesverwaltungsgericht: Nach Heilpraktikergesetz besteht ein Rechtsanspruch auf die Erlaubniserteilung, wenn kein Versagungsgrund greift. Blindheit begründet dabei keinen Versagungsgrund im Sinne des Gesetzes. Zwar kann die Antragstellerin Heilpraktikertätigkeiten nicht ausüben, die eine eigene visuelle Wahrnehmung voraussetzen. Es verbleiben aber Bereiche, in denen sie selbstverantwortlich heilpraktisch tätig sein kann. Dazu gehört insbesondere die Behandlung jener Erkrankungen, die sich allein mit manuellen Methoden diagnostizieren und therapieren lassen. Es ist unverhältnismäßig, der Frau die Heilpraktikererlaubnis unter Hinweis auf eine mangelnde gesundheitliche Eignung zu versagen. Das folgt sowohl aus dem Grundrecht auf freie Berufswahl als auch aus den Bestimmungen des Grundgesetzes, wonach niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung wird hinreichend dadurch Rechnung getragen, dass die Heilpraktikerin die Erlaubnis nur unter der Voraussetzung einer ergänzenden Prüfung erlangen kann, in der sie nachweist, dass von ihrer Tätigkeit als Heilpraktikerin keine Gefahren zu erwarten sind.

**Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 13. Dezember 2012 - 3 C 26.11**

Frauenbenachteiligung**Frage nach Schwangerschaft unzulässig**

Auch eine Frau, die befristet zur Vertretung einer schwangeren Mitarbeiterin eingestellt wird, muss dem Arbeitgeber vor Abschluss des Arbeitsvertrages nicht offenbaren, dass sie ebenfalls schwanger ist. Die Frage nach einer Schwangerschaft wird grundsätzlich als unmittelbare Benachteiligung wegen des Geschlechts bewertet. Eine schwangere Frau braucht deshalb auch weder von sich aus noch auf entsprechende Frage vor Abschluss des Arbeitsvertrages eine bestehende Schwangerschaft zu offenbaren. Das gilt selbst dann, wenn nur ein befristeter Arbeitsvertrag begründet werden soll und die Bewerberin während eines wesentlichen Teils der Vertragszeit nicht arbeiten kann.

**Landesarbeitsgericht Köln,
Urteil vom 11. Oktober 2012 - 6 Sa 641/12**

Lohnsteuer**Telefonkosten als Werbungskosten**

Kosten für Telefongespräche, die während einer Auswärtstätigkeit von mindestens einer Woche Dauer anfallen, können als Werbungskosten abzugsfähig sein. Zwar handelt es sich bei den Aufwendungen für Telefonate privaten Inhalts etwa mit Angehörigen und Freunden regelmäßig um steuerlich unbeachtliche Kosten der privaten Lebensführung. Nach einer mindestens einwöchigen Auswärtstätigkeit lassen sich die notwendigen privaten Dinge aber aus der Ferne nur durch Mehrkosten regeln, die über den normalen Lebensbedarf hinausgehen.

**Bundesfinanzhof,
Urteil vom 5. Juli 2012 - VI R 50/10**

Öffentlicher Dienst**Sonderzahlungsregelung ist rechtmäßig**

Nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst haben Beschäftigte, die am 1. Dezember in einem Arbeitsverhältnis stehen, Anspruch auf eine Jahressonderzahlung. Wer vor diesem Stichtag wegen Erreichens des gesetzlichen Rentenalters aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet, erleidet nicht eine unzulässige altersbedingte Benachteiligung; denn der Anspruch auf die Sonderzahlung hängt nicht vom Alter des Beschäftigten ab.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 12. Dezember 2012 - 10 AZR 718/11**

Lebenspartnerschaft**Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung**

Sieht die Dienstordnung einer Berufsgenossenschaft für die Hinterbliebenenversorgung die entsprechende Geltung der Vorschriften über die Versorgung für Beamte des Bundes vor, so hat der hinterbliebene eingetragene Lebenspartner des Dienstordnungsangestellten seit dem 1. Januar 2005 einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung wie Hinterbliebene verheirateter Dienstordnungsangestellter.

**Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 11. Dezember 2012 - 3 AZR 684/10**